

FH-Mitteilungen

30. Juli 2012

Nr. 70 / 2012



**Dienstvereinbarung
zur Regelung der Durchführung arbeitsmedizinischer Untersuchungen
nach dem Berufsgenossenschaftlichen Grundsatz G41
für die Beschäftigten der FH Aachen**

vom 16. Juli 2012

Dienstvereinbarung zur Regelung der Durchführung arbeitsmedizinischer Untersuchungen nach dem Berufsgenossenschaftlichen Grundsatz G41 für die Beschäftigten der FH Aachen vom 16. Juli 2012

Inhaltsübersicht

Präambel	3
§ 1 Gegenstand und Geltungsbereich der Vereinbarung	3
§ 2 Untersuchungsinhalte	3
§ 3 Häufigkeit der Untersuchung	4
§ 4 Ergebnismitteilung der Untersuchung	4
§ 5 Schlussbestimmungen	4
§ 6 Vorschriften und Regeln	5

Zwischen dem Rektor der FH Aachen und dem Personalrat der wissenschaftlich und künstlerisch Beschäftigten der FH Aachen sowie zwischen dem Kanzler der FH Aachen und dem Personalrat der Beschäftigten wird folgende Dienstvereinbarung gemäß § 70 i.V.m § 72 Abs. 4 Nr. 7 LPVG/NW geschlossen:

Präambel

Bei Arbeiten mit Absturzgefahr können erhebliche Gefahren und Belastungen nicht nur für die Tätigkeit ausübenden Beschäftigten, sondern auch für Dritte verbunden sein. Unfall- und Gesundheitsgefahren für die Beschäftigten selbst und Dritte lassen sich wirksam vermeiden und vermindern, wenn die Beschäftigten für die Durchführung dieser Tätigkeiten geeignet sind. Die Beurteilung einer solchen Eignung kann nur im Rahmen verpflichtender arbeitsmedizinischer Eignungsuntersuchungen gewährleistet werden.

§ 1 | Gegenstand und Geltungsbereich der Vereinbarung

Die Dienstvereinbarung regelt die Durchführung arbeitsmedizinischer Untersuchungen nach dem Berufsgenossenschaftlichen Grundsatz G41 (Anlage 1) für Beschäftigte, die Arbeiten mit Absturzgefahr an der FH Aachen ausüben.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass aufgrund des besonderen Gefahrenpotentials die arbeitsmedizinische Untersuchung gemäß dem Berufsgenossenschaftlichen Grundsatz G41 „Arbeiten mit Absturzgefahr“ bei allen Beschäftigten verpflichtend durchgeführt wird, die Arbeiten mit erhöhter Absturzgefahr ausüben, um Gesundheitsgefahren im Sinne des Berufsgenossenschaftlichen Grundsatzes G41 frühzeitig zu erkennen.

§ 2 | Untersuchungsinhalte

Der Umfang der Untersuchung richtet sich nach den Inhalten des Berufsgenossenschaftlichen Grundsatz G41.

Hierzu zählen:

- tätigkeitsbezogene Anamnese
- Erhebung des Ganzkörperstatus
- Prüfung der Kopf-Körper-Gleichgewichtsfunktion
- Untersuchung der Sehvermögens einschließlich Farbsehen
- Untersuchung des Hörvermögens
- Perimetrie
- EKG
- Ergometrie
- Blut- und Urinuntersuchung

§ 3 | Häufigkeit der Untersuchung

Grundsätzlich ist eine Erstuntersuchung vor Aufnahme der Tätigkeit durchzuführen. Für Nachuntersuchungen gelten auf Grundlage der Gefährdungsbeurteilung und nach betriebsärztlichem Ermessen in der Regel die nachstehend genannten Fristen:

- bis zum 25. Lebensjahr nach 36 Monaten
- über 25. bis zum 49. Lebensjahr nach 24 bis 36 Monaten
- ab dem 50. nach 12 bis 18 Monaten

In folgenden Fällen kann es zu vorzeitigen Nachuntersuchungen kommen:

- nach längerer Arbeitsunfähigkeit (mehrwöchige Erkrankung) oder körperlicher Beeinträchtigung, die Anlass zu Bedenken gegen die weitere Ausübung der Tätigkeit geben könnte
- nach ärztlichem Ermessen in Einzelfällen
- auf Wunsch der/des Beschäftigten, die/der eine Gefährdung aus gesundheitlichen Gründen bei weiterer Ausübung der Tätigkeit vermutet
- falls Hinweise auftreten, die aus anderen Gründen Anlass zu Bedenken gegen die weitere Ausführung dieser Tätigkeit geben

Die Untersuchung wird von den Hochschulärztlichen Einrichtungen der RWTH Aachen entsprechend dem Berufsgenossenschaftlichen Grundsatz für arbeitsmedizinische Untersuchungen G41 „Arbeiten mit Absturzgefahr“ durchgeführt.

Die Untersuchung findet grundsätzlich während der Arbeitszeit statt.

§ 4 | Ergebnismitteilung der Untersuchung

Befunde, die im Rahmen dieser Untersuchung erhoben werden, unterliegen der ärztlichen Schweigepflicht. Allgemein erhält der Dienstherr vom betriebsärztlichen Dienst eine Aufstellung darüber, welche Beschäftigten zu welchem Zeitpunkt nach G41 untersucht wurden und wann die jeweilige Nachuntersuchung fällig ist.

Das Ergebnis der Untersuchung wird den Beschäftigten, wie auch dem Arbeitgeber in der gesetzlich vorgegebenen Form schriftlich mitgeteilt.

Die Bescheinigung enthält eine der folgenden Beurteilungen:

- gesundheitliche Eignung gegeben
- gesundheitliche Eignung unter bestimmten Voraussetzungen gegeben
- gesundheitliche Eignung vorübergehend nicht gegeben
- gesundheitliche Eignung dauerhaft nicht gegeben

Die Bescheinigung erhält für den Dienstherrn das Dezernat für Personalangelegenheiten. Sollte eine gesundheitliche Eignung für die Fahr- und Steuertätigkeiten nach dem Berufsgenossenschaftlichen Grundsatz G41 unter bestimmten Voraussetzungen, vorübergehend oder dauerhaft nicht gegeben sein, erfolgt seitens des Personaldezernats eine Mitteilung an das Dezernat IV, Abt. Arbeitssicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz. Gesetzliche und tarifrechtliche Regelungen, insbesondere aber die Rechte des Personalrats, bleiben unberührt.

§ 5 | Schlussbestimmungen

Die Dienstvereinbarung tritt mit Unterzeichnung in Kraft. Sie kann mit einer Frist von 3 Monaten gekündigt werden. Eine Nachwirkung wird ausgeschlossen.

Soweit einzelne Regelungen der Dienstvereinbarung aufgrund gesetzlicher oder tarifvertraglicher Bestimmungen unwirksam sein sollten, wird die Wirksamkeit der Dienstvereinbarung im Übrigen nicht berührt.

§ 6 | Vorschriften und Regeln

Gemäß § 3 1 BGV/GUV-V A1 hat die Dienststelle durch eine Beurteilung der für die Versicherten mit ihrer Arbeit verbundenen Gefährdungen entsprechend § 5 Abs. 2 und 3 Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) zu ermitteln, welche Maßnahmen nach § 2 Abs. 1 BGV/GUV-V A1 erforderlich sind. Nach § 7 Abs. 2 BGV/GUV-V A1 darf der Arbeitgeber Versicherte, die erkennbar nicht in der Lage sind, eine Arbeit ohne Gefahr für sich oder andere auszuführen, mit dieser Arbeit nicht beschäftigen. Nach § 7 ArbSchG ist er verpflichtet, u.a. die gesundheitliche Eignung der Versicherten vor Übertragung von Aufgaben festzustellen.

Aachen, den 16. Juli 2012

gez. Baumann

Rektor

gez. Stempel

Kanzler

gez. Hansen

Personalrat der wissenschaftlich-künstlerisch
Beschäftigten der FH Aachen

gez. Jägers

Der Personalrat der nicht wissenschaftlich
Beschäftigten der FH Aachen

